

Leitplanken für eine zukunftsfähige Finanzpolitik

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es geht uns heute um die Diskussion einer der elementarsten staatspolitischen Fragestellungen überhaupt.

Das ist nicht neu – vor mehr als 200 Jahren hat David Hume schon einmal formuliert: „Entweder eine Nation zerstört die öffentliche Verschuldung, oder die öffentliche Verschuldung zerstört die Nation!“

Müssen wir uns heute, über 200 Jahre später, ähnliche Sorgen machen? Was ist Sache? Was ist zu tun? Genau das ist unsere Frage: Konsolidieren oder Investieren – Strategien für den Schuldenabbau.

Ich glaube, niemand wird es bestreiten: Die öffentliche Verschuldung ist beängstigend hoch. Unsere Gebietskörperschaften – Kommunen, Länder und der Bund – sind mit 1.500 Milliarden Euro verschuldet, der Bund davon allein mit 950 Milliarden Euro. Jährlich geben die öffentlichen Haushalte fast 65 Milliarden Euro an Zinsen aus – pro Einwohner ungefähr 800 Euro. Für Bildung und Forschung ist es nur wenig mehr: rund 1050 Euro pro Einwohner. Selbst im letzten Jahr, 2006, einem Jahr mit einem erfreulichen Wirtschaftswachstum von 2,7 Prozent, machte der Bund noch 28 Milliarden Euro neue Schulden. Würde man ab sofort jährlich 20 Milliarden Euro zur Schuldentilgung verwenden, würde es 75 Jahre dauern, um die gesamten Schulden zu tilgen.

Aber auch das ist nicht die ganze „fiskalische Wahrheit“. Die ausgewiesene Staatsverschuldung beträgt nur etwa ein Viertel der tatsächlichen finanziellen Zukunftslasten unseres Landes – ich nenne als Beispiel die Belastung unserer Sozialversicherungssys-

teme durch die demographische Entwicklung. Ein kleiner Teil dieser Belastung wird schon heute durch den Bundeszuschuss von rund 80 Milliarden Euro pro Jahr an die Gesetzliche Rentenversicherung deutlich.

Gibt es angesichts dieser Lage noch Hoffnung? Der Blick zu unseren europäischen Nachbarn zeigt: Grund zur Mutlosigkeit besteht trotz der Größe der Aufgabe nicht.

Dänemark hat seit der Mitte der neunziger Jahre seinen Schuldenstand von 73 auf 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts reduziert, Irland im gleichen Zeitraum sogar von 82 auf 25 Prozent. Mit Ausnahme von Frankreich und Deutschland ist von fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union erfolgreich Schuldenabbau betrieben worden.

Und wir sollten nicht vergessen: Den öffentlichen Schulden in Deutschland steht ein beachtenswertes öffentliches Vermögen gegenüber. Allein den Wert der öffentlichen Straßen beziffert das Bundesamt für Statistik mit 240 Milliarden Euro. Würde, was zunehmend geschieht, die öffentliche Haushaltsführung in Form der doppelten Buchführung anstelle der Kameralistik erfolgen, ergäbe sich – ohne sich die Dinge damit schön zu rechnen – ein weniger einseitiges Bild der Lage. Das zeigt: Nicht Verzweiflung, sondern Handeln ist angesagt!

Selten standen meines Erachtens die Chancen besser. Denn die Steuereinnahmen entwickeln sich, wie jeder weiß, zur Zeit überaus günstig. Allein die jüngste Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres sagt, dass rund 180 Milliarden Euro an zusätzlichen Steuereinnahmen für die Jahre 2007 bis 2010 zu erwarten sind. Und das Institut für

BERLIN

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

20. Juni 2007

www.kas.de

Weltwirtschaft in Kiel prognostiziert gar, dass bereits in diesem Jahr ein nahezu ausgeglichener Finanzierungssaldo erzielt werden und Deutschland gesamtstaatlich ohne neue Schulden auskommen kann. Wie es aussieht, wird es gelingen, die Staatsausgaben auf ein Niveau von unter 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes zurückzuführen und damit auf den niedrigsten Wert innerhalb der letzten zehn Jahre zu senken.

Noch sind die Spielräume für zukunftsichernde Akzente aber eng bemessen. Knapp ein Drittel des Bundeshaushalts fließt in die gesetzliche Rentenversicherung, rund 15 Prozent der Bundesausgaben geben wir für Zinsen aus und weitere 15 Prozent werden gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit aufgewendet. Insgesamt liegt der Anteil der staatlichen Beihilfen am Bruttoinlandsprodukt ein Drittel über dem Durchschnitt der EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig ist der Anteil der staatlichen Investitionen am Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen zehn Jahren um ein Drittel zurückgegangen und liegt derzeit rund 40 Prozent unter dem Durchschnitt der EU-Länder.

Also: Wir geben wesentlich mehr für Subventionen und erheblich weniger für Investitionen aus als der Durchschnitt der europäischen Mitgliedstaaten.

Gibt es vor diesem Hintergrund Leitplanken für eine zukunftsfähige Haushalts- und Schuldenpolitik? Drei möchte ich nennen:

1. Die aktuelle Entwicklung der Steuereinnahmen zeigt, dass eine einnahmenseitige Konsolidierung der Staatsfinanzen wesentlich durch ein hohes Wirtschaftswachstum ermöglicht wird. So wichtig die Sparbemühungen des Finanzministers sind, ein „Herauswachsen“ aus der Verschuldung fällt politisch leichter als sich „heraus zu sparen“!
2. Stark zunehmende Steuereinnahmen dürfen kein Anlass sein, um ausgabenseitige Konsolidierungsbemühungen zu vernachlässigen. Dazu gehört nicht unbedingt ein Weniger an staatlichen Leistungen. Kahlschlag ist bestimmt keine Lösung. Aber dazu gehört ein modernes verantwor-

tungsvolles Leitbild staatlichen Handelns: Effizienz bei der Erfüllung staatlicher Aufgaben, das ständige Bemühen um eine verbesserte Qualität öffentlicher Dienstleistungen. Eine Kritik staatlicher Aufgaben ist vorzunehmen: Was ist Sache des Staates, was können andere besser? Was sind unsere Prioritäten? Ein Spitzenplatz in Bildung und Forschung, eine moderne öffentliche Infrastruktur, günstige Bedingungen, dass junge Menschen eine Familie gründen, gute Rahmenbedingungen für den effizienten Umgang mit Energie und Rohstoffen, um nur einige Beispiele zu nennen.

3. wird es auch notwendig sein, die positiven Entwicklungen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite um institutionelle Absicherungen einer nachhaltigen Finanzpolitik zu ergänzen:

Ein gesetzlich festgeschriebenes Schuldenverbot ist vorgeschlagen worden und wird kontrovers diskutiert. Nicht nur, weil sich die Finanzpolitik dadurch eines Mittels zur Abfederung wirtschaftlicher Schwankungen beraubt, sondern weil sich auch die Frage stellt, wie der Verstoß gegen das Verschuldungsverbot bestraft werden kann.

Alternativ ist eine Schuldenbremse im Gespräch, die eine „atmende Finanzpolitik“ ermöglichen soll. Das heißt: Stabilisierung der Wirtschaft durch staatliches Handeln kann in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten sinnvoll sein. Nur müssen wir künftig darauf achten, dass in Zeiten hohen Wachstums die öffentlichen Haushalte wieder ausgeglichen werden – zum Beispiel mit Hilfe eines „Ausgleichskontos“, wie es der Sachverständigenrat vorgeschlagen hat.

Weitere Überlegungen über mögliche institutionelle Änderungen betreffen zum Beispiel die goldene Bilanzregel in Artikel 115, Absatz 1, Satz 2 des Grundgesetzes, nach der die Neuverschuldung eines Jahres nicht über den Investitionen liegen darf. Was ist künftig unter Investitionen zu verstehen? Wie lässt sich eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, von der man inzwischen glauben könnte, sie sei mehr die Regel als die Ausnahme, präzisieren?

BERLIN

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

20. Juni 2007

www.kas.de

Wenn der Staat Wachstumsanreize setzt und Wachstumshemmnisse abbaut, ernsthaft daran geht, Staatsaufgaben, Subventionen und Bürokratie auf Effizienz und Wirksamkeit zu überprüfen, sind ein ausgeglichener Staatshaushalt und eine nachhaltige Finanzpolitik die naheliegenden Folgen und Schuldenabbau keine Utopie.

Die Veranstaltung soll den Blick für das Mögliche und Notwendige in der Haushaltspolitik schärfen – mit Hilfe des baden-württembergischen Finanzministers, mit Ihrer Hilfe, Herr Stratthaus, der Sie in Ihrem Land, das schon heute eine unterdurchschnittliche Verschuldung aufweist, für eine weitere Konsolidierung stehen. Wir freuen uns, dass Sie heute gekommen sind. Sie sind seit 1998 Finanzminister, also ein ausgewiesener Experte.

Aber wir brauchen zur Beantwortung unserer Frage auch die Hilfe von Herrn Professor Bofinger, einem der so genannten fünf Wirtschaftsweisen. Ein Mann, der stets mutig und kontrovers seine Meinung zu sagen pflegt – nicht zuletzt im Gutachten des Sachverständigenrates vom März dieses Jahres, dessen zentrale Inhalte zum Thema „Staatsverschuldung wirksam begrenzen“ er nicht mitgetragen und deswegen ein Minderheitsvotum abgegeben hat. Verehrter Herr Professor Bofinger, wir freuen uns auf Ihren Standpunkt und danken Ihnen, dass Sie sich heute in die Diskussion einbringen.

Ebenso herzlich begrüße ich Herrn Bundestagsabgeordneten Kampeter, den haushaltspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die sonst eher für ihre Zurückhaltung bekannte Frankfurter Allgemeine Zeitung hat Herrn Kampeter ehrend als „Spielverderber“ für allzu große Ausgabenbereitschaft bezeichnet. Lieber Herr Kampeter, wir wollen Sie ermutigen, gelegentlich „Spielverderber“ zu sein, wir wollen Sie aber vor allem heute auf diesem Podium herzlich begrüßen!

Als weiteren Experten auf unserem Podium begrüße ich Herrn Dr. Reckers, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank. Ludwig Erhard zählte „stabiles Geld“ zu den wirksamsten Mitteln der „Sozialpolitik“. Und

weil dafür stabile Staatsfinanzen und ein ausgeglichener Staatshaushalt wichtige Voraussetzungen sind, danken wir Ihnen, Herr Reckers, dass Sie das Problemfeld der Staatsverschuldung um die währungspolitischen Perspektiven erweitern werden. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Und schließlich freut es mich aus zwei Gründen, den Moderator vorzustellen: Herrn Torsten Alsleben vom ZDF-Hauptstadtstudio. Es ist immer gut, einen Gast vom ZDF bei uns zu haben, aber wenn er noch dazu Alt-Stipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung ist, freut uns das natürlich ganz besonders. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte mit dieser Veranstaltung und mit der Arbeit in der Abteilung „Politik und Beratung“, die dafür verantwortlich ist, zur Entwicklung eines modernen Staatsverständnisses beitragen – zum Beispiel bei der Begleitung der anstehenden Föderalismusreform II, im Zuge der anstehenden Grundsatzprogrammdiskussion der CDU, aber auch in kritischer Beobachtung der Grundsatzprogrammdiskussion der SPD.

Wir wollen deutlich machen: Es geht weniger um das „Ob“, sondern um das „Wie“ staatlichen Handelns, nicht um die bei vielen Angst auslösende Formel des Staatsabbaus, sondern um verbesserte Formen von Governance auf allen politischen Ebenen.

Und Sie wären enttäuscht, wenn ich in diesem Zusammenhang nicht Konrad Adenauer zitieren würde, und diese Enttäuschung möchte ich Ihnen ersparen: „Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihren Wert und ihre Würde hat es diesem Götzen geopfert.“ (Konrad Adenauer, 1946)

Unser Gesellschaftsmodell von der Sozialen Marktwirtschaft antwortet darauf. Sie will einen handlungsfähigen Staat, einen Staat, der von seinen Bürgern akzeptiert wird, der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

20. Juni 2007

www.kas.de

effizient arbeitet, der für sozialen Ausgleich sorgt, der aber den Menschen nicht nur mit seinen materiellen Bedürfnissen sieht, sondern ihn auch mit seiner individuellen Leistungsfähigkeit wahrnimmt, der nicht für den Einzelnen voraus denkt. Der Staat darf nicht in dem Sinne vorsorgend sein, dass er den Menschen Vorschriften macht und ihnen Entscheidungen abnimmt. Er soll den Einzelnen den Weg frei machen für eine eigenverantwortliche Entwicklung, und – wo das nicht möglich ist – ihm die Chance eröffnen, gleichberechtigt am Wirtschaftsleben teil zu nehmen und ihn fördernd zu begleiten.

Der Staat soll den Bürger nicht bevormunden, sondern helfen, ihn zu befähigen. Und dazu müssen wir den Staat in die Lage versetzen – auch indem wir über Konzepte des Schuldenabbaus diskutieren.

Sehr verehrter Herr Stratthaus, Sie haben das Wort!